

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 12. Juni bis 21. August 2018⁴²

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
19. Juni 2018	EP ECON	<p>Annahme des Beschlusses über die Aufnahme von interinstitutionellen Verhandlungen zum Bankenreformpaket</p> <p>Die Vorschläge der Europäischen Kommission zum Bankenreformpaket durchlaufen derzeit den europäischen Gesetzgebungsprozess. Im ECOFIN-Rat wurde im Mai eine allgemeine Ausrichtung erzielt. Der ECON stimmte für die Aufnahme der interinstitutionellen Verhandlungen im Trilog (EK, Rat und Europäisches Parlament) zum Bankenreformpaket. Die politischen Verhandlungen können somit unter österreichischem Vorsitz im zweiten Halbjahr 2018 aufgenommen werden. Es werden möglichst weitgehende Fortschritte bei den Verhandlungen angestrebt, damit noch vor der Wahl zum Europäisches Parlament (Frühjahr 2019) wichtige bankenregulatorische Dossiers abgeschlossen werden können.</p> <p>Das Paket beinhaltet Änderungen der Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV) und der Eigenkapitalverordnung (CRR) sowie der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) und der Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRMR). Die Vorschläge betreffen unter anderem Änderungen hinsichtlich der Eigenkapitalanforderungen. Des Weiteren ist im Abwicklungsbereich die Einbindung der sogenannten Gesamtverlustabsorptionsfähigkeit (Total Loss Absorbing Capacity, TLAC) in die bereits bestehende und für alle Banken geltende Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for Eligible Liabilities, MREL) vorgesehen.</p>
21. Juni 2018	Eurogruppe	<p>Schwerpunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Griechenland: Alle 88 vereinbarten Reformschritte (Prior Actions) im Rahmen des 3. Makroökonomisches Anpassungsprogrammes wurden umgesetzt. Es ist kein „Follow-up Programm“ erforderlich. In der Eurogruppe kommt es zu einer politischen Einigung zur letzten Kredittranche (15 Mrd EUR), zu mittelfristigen schuldenbezogenen Maßnahmen und zur Nachprogrammüberwachung.

⁴² Autoren: Sylvia Gloggnitzer und Harald Grech (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		<ul style="list-style-type: none"> • Annahme des Arbeitsprogramms der Euro-Gruppe: Hauptthemen für das zweite Halbjahr 2018 sind die WWU-Vertiefung und die Vollendung der Bankenunion.
22. Juni 2018	ECOFIN-Rat	<p>Schwerpunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Harmonisierung im Mehrwertsteuerbereich: Der ECOFIN-Rat befasst sich mit den Änderungen technischer Details des Mehrwertsteuersystems. Eine allgemeine Ausrichtung kann noch nicht erreicht werden. • Europäische Einlagensicherungssystem (EDIS): Kenntnisnahme des Fortschrittsberichts der bulgarischen Ratspräsidentschaft zu den technischen Arbeiten am Vorschlag eines Europäischen Einlagensicherungssystems (EDIS). Die bulgarische Ratspräsidentschaft verweist auf die Vereinbarung, dass politische Diskussionen zu (EDIS) erst nach ausreichender Risikoreduzierung aufgenommen werden. Die österreichische Ratspräsidentschaft wird eingeladen, die Arbeiten auf dieser Grundlage fortzusetzen. • Europäisches Semester: Billigung der 27 Länderspezifischen Empfehlungen (LSE). Die Nutzung der positiven wirtschaftlichen Lage zur Umsetzung von notwendigen Strukturreformen und zur Schaffung von fiskalischen Puffern sei in den Mitgliedstaaten notwendig. Die (LSE) werden an den Europäischen Rat zur politischen Indossierung weitergeleitet. • Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Das Defizitverfahren gegen Frankreich wird gemäß Art. 126 (12) AEUV eingestellt. Der Rat bestätigt, dass Frankreichs Defizit unter den EU-Referenzwert von 3 % des BIP gefallen ist. • Konvergenzberichte der EK und EZB: Keiner der sieben überprüften Mitgliedstaaten (BG, CZ, HR, HU, PL, RO, SE) erfüllt derzeit die Voraussetzungen für den Beitritt zum Euro-Währungsgebiet.
28. Juni 2018	ER	<p>Schwerpunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit: Annahme der integrierten länderspezifischen Empfehlungen. Der Europäische Rat betont die Wichtigkeit einer gerechten und wirksamen Besteuerung, u.a. im digitalen Zeitalter. • Migration: Der Europäische Rat bekräftigt, dass ein umfassendes Migrationskonzept, das eine wirksamere Kontrolle der Außengrenzen der EU, verstärktes auswärtiges Handeln und die internen Aspekte im Einklang mit unseren Grundsätzen und Werten miteinander verbindet, die Voraussetzung für eine funktionierende Politik der EU ist. Weiters bestehe ein besonders dringendes Bedürfnis danach, mit Libyen enger zu kooperieren. Einigung erfolgt über eine 2. Finanzierungstranche der Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei sowie die Übertragung von 500 Mio EUR als Entwicklungshilfe auf den EU-Treuhandfonds für Afrika.

		<ul style="list-style-type: none"> • Sicherheit und Verteidigung: Betonung, dass Europa mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen und seine Rolle als glaubwürdiger und verlässlicher Partner stärken muss, und dass die Fähigkeiten zur Abwehr von Cybersicherheitsbedrohungen, die von außerhalb der EU kommen, gestärkt werden müssen.
29. Juni 2018	ER (Art.50)	<p>Verhandlungen nach der Mitteilung des Vereinigten Königreichs gemäß Artikel 50 EUV</p> <p>Der Europäische Rat begrüßt den Fortschritt zum Text des Austrittsabkommens, hält aber fest, dass über wichtige Aspekte des Austrittsabkommens noch eine Einigung aussteht und dass noch kein Fortschritt zur Erreichung eines Backstop für Irland/Nordirland erzielt wurde. Außerdem soll die Arbeit an einer politischen Erklärung über den Rahmen der künftigen Beziehungen intensiviert werden.</p>
29. Juni 2018	Euro-Gipfeltreffen	<p>Die Staats- und Regierungschefs diskutieren über die im Rat erzielte Einigung über das Bankenpaket</p> <p>Das Bankenpaket soll noch vor Ende des Jahres von den beiden gesetzgebenden Organen angenommen werden. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) wird die gemeinsame Letztsicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds (SFR) bereitstellen, und er wird auf der Grundlage aller Elemente einer ESM-Reform gestärkt. Die Euro-Gruppe wird die Vorgaben für die gemeinsame Letztsicherung bis Dezember 2018 ausarbeiten und sich bis Dezember 2018 auf die Modalitäten der Weiterentwicklung des ESM verständigen.</p>
1. Juli 2018	Rat	<p>Österreich übernimmt bereits zum dritten Mal – nach 1998 und 2006 – den Vorsitz im Rat der EU.</p> <p>Angelehnt an das Programm des aktuellen Trio-Ratsvorsitzes von Estland, Bulgarien und Österreich lautet das Motto der österreichischen Präsidentschaft „Ein Europa, das schützt“, mit der schwerpunktmäßigen Pointierung dreier Bereiche: (1) Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration, (2) Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung und (3) Stabilität in der Nachbarschaft – Heranführung des Weltbalkans/Südosteuropas an die EU. Die österreichische Ratspräsidentschaft ist weiters von den Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der EU und den Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen 2021-2027 geprägt.</p>

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

20. Juni 2018	IWF	<p>Argentinien – Stand-By Arrangement (SBA)</p> <p>Das Exekutivdirektorium beschloss die Vereinbarung eines SBA in Höhe von 50 Mrd USD (= 1.110 % der Quote) mit den argentinischen Währungsbehörden. 15 Mrd USD wurden sofort ausbezahlt (<i>frontloading</i>), wobei 7,5 Mrd USD für Budgetzwecke verwendet worden sind. Der verbleibende Betrag in Höhe von 35 Mrd USD soll als vorsorgliche Kreditlinie dienen. Das makroökonomische Anpassungsprogramm zielt insbesondere auf die Wiederherstellung des</p>
---------------	-----	---

		<p>Marktvertrauens ab. Die öffentliche Verschuldung soll reduziert und ab dem Jahr 2020 wieder ein Primärüberschuss erzielt werden. Ferner soll das geldpolitische Konzept (<i>Inflation targeting</i>) durch die Setzung realistischer Zielwerte für die Inflationsrate einerseits sowie die Stärkung der Unabhängigkeit der Notenbank andererseits gestärkt werden.</p>
25. Juni 2018	IWF	<p>Österreich – Artikel IV-Konsultation</p> <p>Anlässlich der Beendigung der Artikel IV-Konsultation mit den österreichischen Behörden, hielt der IWF-Stab fest, dass sich die österreichische Wirtschaft in einer robusten Lage befindet. Die Wachstumsrate würde per Jahresende 2017 3,0 % und im 1Q 2018 3,1 % betragen. Die Arbeitslosenrate sei rückläufig und die Inflationsrate stabil bei rd. 2 %. Die fiskalische Situation zu Jahresende 2017 sei besser als erwartet gewesen, die öffentliche Verschuldung ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 5 % auf 78,4 % gefallen. Die Kapitaladäquanz der österreichischen Banken habe sich – trotz nachlassendem Momentum – ebenso wie die Ertragslage verbessert. Zur langfristigen Sicherung der Schuldentragfähigkeit wären eine weitere Reduzierung der öffentlichen Verschuldung sowie der Aufbau von Reserven (<i>fiscal buffers</i>) notwendig. Der weitere Fokus sollte dem IWF-Staff zufolge auf einer Reduzierung der Arbeitslosenrate sowie Konsolidierung der Finanzmarktstabilität liegen.</p>
26. Juni 2018	IWF	<p>Bilaterale Kreditlinien – Verlängerung bis Jahresende 2020</p> <p>Der IWF hat im Jahr 2016 mit 40 Ländern bilaterale Kreditlinien in Gesamthöhe von rd. 316 Mrd EUR (rd. 450 Mrd USD) als sog. <i>third line of defense</i> abgeschlossen (<i>2016 Framework for Bilateral Borrowing</i>). Die bilateralen Kreditverträge weisen einheitliche Bestimmungen auf und wurden hinsichtlich einer möglichen Inanspruchnahme unisono um 1 Jahr bis zum Jahresende 2020 verlängert. Weitere Verlängerungen sind im Rahmen des <i>2016 Framework for Bilateral Borrowing</i> nicht mehr möglich.</p>
03. Juli 2018	IWF	<p>USA - Artikel IV-Konsultation</p> <p>Das Exekutivdirektorium schloss Ende Juni die Artikel IV-Konsultation mit den USA ab. Der <i>near-term outlook</i> ist positiv (reales BIP 2018: + 2,9 %, 2019: + 2,7 %). Am Arbeitsmarkt würden zahlreiche neue Stellen geschaffen, die Arbeitslosenrate ist auf dem niedrigsten Stand seit 50 Jahren. Lt. IWF wäre die U.S.-Wirtschaft <i>beyond full employment</i>. Die geplante Ausweitung des Budgetdefizits könnte jedoch zu einem schneller als erwarteten Anstieg der Inflationsrate und damit einhergehenden Zinsanhebungen führen. Der IWF rechnet in diesem Fall mit zunehmender globaler Volatilität auf den Finanzmärkten und verstärkten Abflüssen aus Schwellenländern mit schwächeren Fundamentaldaten. In wirtschaftspolitischer Hinsicht empfiehlt der IWF den Aufbau fiskalischer Reserven, den Fokus auf der Beibehaltung der Finanzmarktstabilität und die Unterstützung einkommensschwächerer Haushalte.</p>
04. Juli 2018	IWF	<p>Deutschland - Artikel IV-Konsultation</p> <p>Das Exekutivdirektorium schloss Ende Juni die Artikel IV-Konsultation mit Deutschland ab. Die gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung im</p>

		<p>vergangenen Jahr (reales BIP: + 2,5 %) ist lt. IWF Staff auf die stabile Inlandsnachfrage sowie die Belebung der Exporte im 2. HJ zurückzuführen; die Inflationsrate lag zu Jahresende bei 1,5 %. Der Budgetüberschuss erreichte mit 1,2 % des BIP den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Der Leistungsbilanzüberschuss verringerte sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig (- 0,5 %) auf 8 %. Die Kreditvergaben des Bankensektors stiegen moderat, die Profitabilität war – insbesondere aufgrund der niedrigen Zinslandschaft – schwach ausgeprägt. Als kurzfristige (substantielle) Risiken für die weitere Entwicklung der Exporte sowie Investitionen sieht der IWF die Zunahme globaler protektionistischer Maßnahme, einen möglichen <i>hard Brexit</i> sowie steigende Renditen bei Staatsanleihen im Euroraum, die zu neuerlichen finanziellen Turbulenzen in den Bankensektoren der betroffenen Länder führen könnten.</p>
18. Juli 2018	IWF	<p><i>Serbien – Vereinbarung eines Policy Coordination Instrument (PSI)</i></p> <p>Serbien hat lt. IWF – mit Unterstützung eines dreijährigen vorsorglichen Bereitschaftskreditabkommens, das im Februar 2018 ausgelaufen ist – erfolgreich makroökonomische Reformen umgesetzt und das Marktvertrauen wiederhergestellt. Zu Jahresende 2018 erwartet der IWF ein (reales) BIP-Wachstum in Höhe von zumindest 3,5 %, die Inflationsrate wird mit rd. 2,0 % prognostiziert. Zur weiteren Unterstützung der Reformagenda haben die serbischen Währungsbehörden nunmehr mit dem IWF den Abschluss eines <i>PSI</i> vereinbart. Das <i>PSI</i>, dessen Hauptzweck die Entfaltung einer positiven Signalwirkung des anhaltenden wirtschaftspolitischen Commitments Serbiens darstellt, sieht keine Gewährung von Kreditmitteln vor, sondern beschränkt sich auf die Überwachung von weiteren institutionellen und strukturellen Reformschritten. Die Laufzeit beträgt 30 Monate, <i>Reviews</i> werden halbjährlich erstellt.</p>
19. Juli 2018	IWF	<p><i>Euroraum - Artikel IV-Konsultation zu Euro Area Policies</i></p> <p>Mitte Juli hat das Exekutivdirektorium die <i>Article IV-Consultation on Euro Area Policies</i> einschließlich <i>Financial Sector Assessment Program (FSAP)</i> abgeschlossen. Der IWF prognostiziert für den Euroraum für 2018 ein Wachstum des realen BIP in Höhe von 2,2 % sowie für 2019 in Höhe von 1,9 %. Danach würde sich das Wachstum aufgrund demographischer Entwicklungen, schwachen Produktivitätswachstums und <i>crisis legacies</i> abschwächen und bei rd. 1,5 % einpendeln. Die Inflationsrate würde erst mittelfristig das Inflationsziel von 2 % erreichen. Die größten Wachstumsrisiken bestünden im Handelskonflikt mit den USA, wirtschaftspolitischer Inaktivität bzw. politischen Entwicklungen in Ländern mit hoher öffentlicher Verschuldung sowie einem <i>hard Brexit</i>. Der <i>FSAP</i>-Bericht verweist auf erhebliche Fortschritte bei der Schaffung der Bankenunion. Die Höhe und Qualität der Kapitalbuffer der Banken habe sich verbessert und die Höhe notleidender Kredite verringert. Problematisch bei Bankabwicklungen im Rahmen des <i>Single Supervisory Mechanism</i> wären die national weiterhin unterschiedlichen rechtlichen Regelungen.</p>